

Sozialismus.de

Heft 4-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Salvo Leonardi: Gewerkschaften in Italien

Günter Busch: Tarifabschluss für den ÖD der Länder

Beiträge u.a. von

Marion Fisch, Siegfried Müller-Maige, Klaus Busch, Alban Werner, Carl Kinsky, Joachim Bischoff/Hasko Hüning, Holger Politt, Detlef Umbach



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

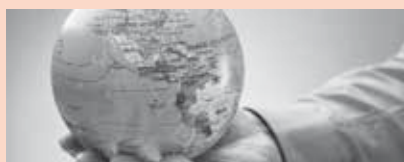
Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Ratlosigkeit und Wut



350.000 Menschen haben in über 200 Städten am Samstag, 15.3., in einem »Jahrhundertmarsch« für den Klimaschutz demonstriert, darunter sehr viele Gelbwesten, die der Konfrontation mit den Sicherheitskräften ausweichen wollten. ...

Der Konjunkturmotor stottert weltweit – die Risiken



Die Weltkonjunktur – so die OECD-Prognose – schwächt sich ab: »Die globale Expansion verliert angesichts erhöhter politischer Unsicherheiten, anhaltender Handelsspannungen und fortgesetzter Rückgänge des Vertrauens von Unternehmen wie Verbrauchern weiter an Dynamik.« ...

NRW droht wirtschaftliche Abkühlung



Die Wirtschaft des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen geht mit gedämpften Erwartungen in das Jahr 2019. Sowohl das letzte Quartal des vergangenen Jahres als auch das erste Quartal 2019 zeigen eine deutliche Konjunkturdelle. ...

Ein Kontinent auf Abwegen

Klaus Busch: Weitere Stärkung der rechtspopulistischen Kräfte? Die Wahlen zum Europaparlament im Mai 2019	2
Siegfried Müller-Maige: Die EU, das andere Europa und die Mosaiklinke	7
Hinrich Kuhls: Trennung und Erneuerung Zur Verlängerung des Brexit-Austrittsverfahrens	11
Holger Politt: Polen – Vereinigte Rechte gegen Europäische Koalition	15

Illiberale Demokratie und andere rechte Diskurse

Joachim Bischoff/Hasko Hüning: Wie Demokratien sterben Bedrohung durch populistischen Autoritarismus	19
Dieter Klein: Der Diskurs der extremen Rechten	25
Alban Werner: Drei Sichtweisen auf einen Grundkonflikt. Neuere Literatur über (Rechts-)Populismus und Polarisierung in Deutschland und Europa	29
Carl Kinsky: Make Europe Great Again	34

Protektionismus und Hinterhofpolitik

Detlef Umbach: USA – Wut der republikanischen Wähler*innen und Politik des Vorurteils	37
Heinz Bierbaum: Kuba in schwerem Fahrwasser	42

Forum Gewerkschaften

Günter Busch: Gutes Ergebnis ohne Signalwirkung Tarifabschluss für den Öffentlichen Dienst der Länder	45
Salvo Leonardi: Gewerkschaften in Italien – starke Organisation, begrenzte Wirkung	48
Klaus Pickshaus: 100 Jahre ILO – Kampf um globale Arbeits- und Sozialstandards	54
Otto König/Richard Detje: Organisierte Ausbeutung auf Europas Straßen Kann das »Mobility Package« das schmutzige Geschäft eindämmen?	58

Konjunktur und Migration in der Debatte

Michael Wendl: Gibt es noch einen Konjunkturzyklus?	60
Jendrik Scholz: Migrations- und Integrationspolitik am Beispiel Baden-Württembergs	64

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	63
Veranstaltungen & Tipps	68
Marion Fisch: Destroyer (Filmkritik)	69

Gutes Ergebnis ohne Signalwirkung

Tarifabschluss für den Öffentlichen Dienst der Länder

von ■ Günter Busch



2.3.2019, Potsdam: F. Bsirske, M. Kollatz (dpa)

Das Ergebnis

Das Anfang März erzielte Tarifergebnis für die Beschäftigten der Bundesländer ist zunächst einmal beeindruckend:

- Einkommenserhöhungen in 3 Stufen:
 - 3,2% im Jahr 2019, weitere
 - 3,2% im Jahr 2020 sowie weitere
 - 1,4% für Januar bis September 2021bei einer Laufzeit von insgesamt 33 Monaten. Aufaddiert gibt das 7,8% tabellenwirksame Gesamterhöhung, mit Zinseszinsseffekt sind es durchschnittlich 8% mehr.
- Bestandteil des Gesamtvolumens sind stärkere Steigerungen der jeweiligen Eingangsstufen um laufzeitbezogen insgesamt 10,8%, die übrigen Stufen steigen dann um 7,6%. Die Einstiegsvergütungen für den Öffent-

lichen Dienst der Länder werden dadurch attraktiver und konkurrenzfähiger gegenüber einer Beschäftigung in der Privatwirtschaft.

- Teil des Gesamtvolumens sind auch die tabellenwirksamen Mindestbeträge von 100,- Euro in 2019, 90,- Euro in 2012 und 50,- Euro in 2021. Mindestbeträge wirken als soziale Komponente bei den einfachen Tätigkeiten mit geringen Qualifikationsvoraussetzungen und führen zu Anhebungen von bis zu 13,4% vor allem in den unteren Entgeltgruppen und in den Anfangsstufen der mittleren Gruppen.

Zusätzlich zu den tabellenwirksamen Lohnerhöhungen gibt es Verbesserungen bei den Eingruppierungen, in geringerem Umfang bei Beschäftigten im Justizdienst, IT, Forstverwaltungen und

Technikern. Im Sozial- und Erziehungsdienst wurden die besseren Tabellen des kommunalen TVÖD für den Länderbereich übernommen.

Den größten Sprung nach oben gibt es bei der Pflege. Auch hier wurde die bessere kommunale Tabelle (P-Tabelle) übernommen. Darauf bauen die jeweiligen prozentualen Steigerungen auf. Zusätzlich gibt es eine Pflegezulage in Höhe von 120,- Euro monatlich für alle Pflegekräfte sowie für Krankenpflege an Unikliniken und Psychiatrien (nur in Baden-Württemberg) nochmals eine Zulage von 35,- Euro monatlich obendrauf. Das macht Tarifsteigerungen bei examinierten Pflegekräften, bezogen auf die Gesamtlaufzeit, von bis zu 750,-

Günter Busch war bis 2014 stellvertretender Landesbezirksleiter des ver.di-Bezirks Baden-Württemberg; er lebt in Reutlingen.

Euro monatlich oder 20% möglich. Das ist ein wesent-

licher Schritt nach vorn, um den Pflegeberuf wieder attraktiver zu machen und verringert das Tarifgefälle zu entsprechenden Tätigkeiten in der Industrie.

Hintergrund dieser Verbesserungen ist das Anfang 2019 in Kraft getretene »Pflegepersonalstärkungsgesetz«, das für das laufende Jahr die 100%ige Refinanzierung aller Tarifsteigerungen, egal ob linear oder strukturell, für das Pflegepersonal in Krankenhäusern durch die Krankenkassen vorsieht. Dieses Instrument haben die Tarifparteien genutzt. Wurden die Pflegekräfte bei den Ländern bisher schlechter bezahlt als die bei den Kommunen, so hat sich dies nun umgekehrt. Um eine Abwanderung von Pflegekräften von den kommunalen Krankenhäusern zu den Unikliniken zu verhindern, muss jetzt bei den Kommunen nachgebessert werden. Die volle Finanzierung von Tarifsteigerungen gilt nur in diesem Jahr, der TVÖD-Entgelttarifvertrag kann aber erst zum August 2020 gekündigt werden. Es müsste also im ungekündigten Zustand über Entgelterhöhungen verhandelt werden. Das ist bisher bei den Arbeitgebern ein Tabu und wäre ein Präzedenzfall.

Erwähnenswert sind noch die Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende um einen Tag und des Zusatzurlaubs bei Wechselschicht in Krankenhäusern um einen bis drei Tage. Ansonsten standen Fragen der Arbeitszeit in dieser Tarifrunde nicht auf der tarifpolitischen Agenda von ver.di.

Kompensationen

Für den Tariferfolg mussten zwei »Kröten« geschluckt werden.

Als hälftigen Ausgleich für die höheren Kosten der Verbesserungen bei der Entgeltordnung wird die Jahressonderzahlung vier Jahre lang eingefroren. Die Tarifanhebungen gelten nicht für das 13. Gehalt. Hier wird umverteilt. Verbesserte Eingruppierungen für einige werden durch Festschreibung der Jahressonderzahlung von allen mitfinanziert.

Größtes Problem des Tarifabschlusses ist die lange Laufzeit von 33 Mona-

ten. Erst im Oktober 2021 kann über Lohn und Gehalt neu verhandelt werden. Die Tendenz zu längeren Laufzeiten in allen Tarifbereichen in Deutschland ist im Länderbereich noch einmal ausgeweitet worden. Die Lohnforderungen der Gewerkschaften werden üblicherweise auf Jahresbasis, also für zwölf Monate erhoben. Abgeschlossen wird inzwischen für gut zwei Jahre.

Das macht organisationspolitische Probleme. Die Lohn- und Gehaltsrunden schaffen eine breite Öffentlichkeit für die Gewerkschaften, die sonst im öffentlichen Diskurs fast nicht vorkommen. Sie thematisieren grundlegende Verteilungsfragen, aktivieren darüber hinaus den gewerkschaftlichen Apparat und sind bei der Forderungsaufstellung, während der Verhandlungen und bei der Durchsetzung gelebte Demokratie. Vor allem führen sie bei Arbeitskämpfen zu erheblichen Mitgliederzuwächsen.

Tarifabschlüsse orientieren sich zudem an voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklungen bei Preisen, Wachstum und Produktivität. Makroökonomisch stärkt der TvL-Abschluss in 2019 die Binnennachfrage. Bei einer voraussichtlichen Preissteigerung von unter 1,8% und einem Lohnzuwachs von 3,2% steigen die Reallöhne um 1,4%. Bei einer Erhöhung der Produktivität von 1% wird auch der verteilungsneutrale Spielraum aus Preissteigerung und Produktivitätswachstum leicht überschritten. Die Nachfragerhöhung wirkt stabilisierend auf die sich abkühlende Konjunktur.

Wie die Lage in den Jahren 2020 und 2021 aussehen wird, ist dagegen weitgehend spekulativ. Kommt es zur Rezession mit geringeren Lohnsteigerungen in der Gesamtwirtschaft, sind die Tarifsteigerungen im Länderbereich überdurchschnittlich hoch und wirken antizyklisch. Nimmt die Konjunktur wieder Fahrt auf oder steigen die Preise stärker, kann es zu einer Lohnlücke zu anderen Tarifbereichen oder zu Reallohnverlusten kommen. Dann stiege die Unzufriedenheit mit der gewerkschaftlichen Tarifpolitik.

Strukturelle Probleme ungelöst

Auf den zweiten Blick ist der Tarifabschluss differenzierter zu bewerten. Er löst die strukturellen Probleme nicht,

die im Vorfeld als Tarifziele von ver.di ausgegeben worden sind.

Ver.di hat eine Tariflohnlücke von 4,4% im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung ausgemacht. Die Nominallöhne im Länderbereich stiegen seit dem Jahr 2000 um 48,4%, in der Gesamtwirtschaft um 52,8%. Die Lücke verringert sich 2019 nur geringfügig: 3,2% stehen einer Gesamtlohnentwicklung von 3,0% (WSI) gegenüber.

Weiter besteht ein Lohnabstand zwischen Bund/Kommunen einerseits und Ländern andererseits, zwischen TVÖD und TvL. Durch die Ungleichzeitigkeit der Laufzeiten hinkt der Länderbereich dem Kommunalbereich hinterher. Der TVÖD legt vor, ver.di versucht bei den Ländern den Anschluss zu halten. Die Tariferhöhung 2019 im TvL stellt eine Niveaugleichheit zum TVÖD nur für drei Monate her, ab dem 1.4.2019 gibt es dort eine weitere, im Tarifabschluss von 2018 vorgesehene Stufensteigerung um 3,5%. Der TVÖD wird dann im September 2020 neu verhandelt mit weiteren Lohnerhöhungen, der TvL erst 13 Monate später.

Die Ungleichzeitigkeit ist Folge des Ausstiegs der Länder aus dem gemeinsamen Tarifwerk für den gesamten öffentlichen Dienst vor 15 Jahren. Aus der grundlegenden Tarifreform für den öffentlichen Dienst stieg der Arbeitgeberverband der Länder (TDL) 2004 wegen zunächst befürchteter höherer Kosten aus, Bund und Kommunen vereinbarten 2005 den TVÖD, die Länder zogen erst ein Jahr später mit dem TvL nach.

Seither gibt es die Trennung, die auch nicht wieder zurückgeholt werden konnte. Mit diesem genialen strategischen Schritt hat die TDL alle Trümpfe in der Hand. Solange ver.di im Länderbereich im Gegensatz zum Kommunalbereich nicht erzwingungsstrefähig ist (s.u.), können die Länder je nach Finanzlage das Delta zum TVÖD erhöhen oder bei Fachkräftemangel wieder gleichziehen. Bei der Wochenarbeitszeit wurde die strategische Option genutzt. Die Länderbeschäftigten arbeiten im Durchschnitt eine halbe Stunde länger als die Kommunalbeschäftigten. Gemeinsame Tarifrunden sind auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

Tarifbesonderheiten im Länderbereich

Die Tarifarbeit bei den Ländern hat drei grundlegende Besonderheiten zu beachten.

Erstens geht es den Länderarbeitgebern in ihrer Tarifpolitik nicht nur um die angestellten Arbeitnehmer*innen, sondern auch um ihre Beamten. 813.000 Tarifbeschäftigten stehen 1,2 Millionen Beamte gegenüber. Dazu kommen 900.000 Versorgungsempfänger, die als ehemalige Beamte ebenfalls an Besoldungserhöhungen beteiligt werden.

Die Personalausgaben der vom TvL erfassten Bundesländer (Hessen ist nicht Mitglied der TDL) betragen 2017 für den Tarifbereich 39,1 Mrd. Euro, für die Beamten und Versorgungsempfänger aber 85,3 Mrd. Euro. Die Tarifierhöhung 2019 kostet die Länder für den Tarifbereich 954 Mio. Euro zusätzlich, bei einer zeit- und wirkungsgleichen Übernahme für Beamte und Versorgungsempfänger sind es 2,7 Mrd. Euro zusätzlich mehr.

Eine Forderung der Gewerkschaften ist immer die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten. Jedes Land setzt dies durch eigene Besoldungsgesetze um. Die Übernahme des Tarifergebnisses in vollem Umfang ist für dieses Jahr bereits angekündigt bzw. beschlossen.

Im Ergebnis regulieren die 813.000 Tarifbeschäftigten einen Gesamtbereich von 3,1 Millionen abhängig Beschäftigten. Das ist eine ähnliche Größenordnung wie die Tarifverträge der IG Metall für den Metall- und Elektrobereich. Zumindest auf Arbeitgeberseite werden die Beamten bei den Verhandlungen immer mitgedacht.

Zweite Besonderheit ist der niedrige gewerkschaftliche Organisationsgrad bei den Länderbeschäftigten. Ver.di hatte Anfang 2019 etwa 40.000 erwerbstätige Mitglieder im Bereich der Länder. Das entspricht einem durchschnittlichen Organisationsgrad von 5%. Seit vielen Jahren sinken hier die Mitgliederzahlen um 3-5% pro Jahr – und damit sinkt auch die Durchsetzungsfähigkeit. Zwar organisieren auch die GdP und die GEW bei den Ländern, beide haben aber vor al-

lem Mitglieder bei den Beamten. Und der Beamtenbund hat mit seiner Tariffunion allenfalls lokale Organisationschwerpunkte bei den angestellten Beschäftigten.

Ver.di ist in den Landesverwaltungen, den Unikliniken, den Straßenmeistereien, den statistischen Landesämtern, den Landesbühnen, Universitäten, Psychiatrien, Sozial- und Erziehungseinrichtungen, bei Gerichten und im Justizvollzug nur punktuell erzwingungsstreikfähig. Die gewerkschaftlichen Machtressourcen in den Tarifrunden liegen nicht in der letztendlichen Drohung mit einem Erzwingungsstreik, sondern mit gut geführten und organisierten Warnstreikwellen eher im kommunikativen Bereich.

Üblicherweise gehen die Arbeitgeber ohne Angebot in die Verhandlungen und treffen dort auf die in vielen Belegschaften lange diskutierten Forderungen von ver.di. Dies ist eine Steilvorlage für wirkungsvolle und öffentlichkeitswirksame Warnstreiks, an denen sich neben den Gewerkschaftsmitgliedern auch viele Unorganisierte beteiligen.

Die schlechte Aufstellung der Arbeitgeber zu Verhandlungsbeginn ist nicht schlichtes Versäumnis. Es sind die heterogenen und unabgestimmten Interessen, die im Vorfeld nicht vereinheitlicht wurden. Während die Interessen der Beschäftigten in den Forderungsdiskussionen lange vorher in den Tarifforderungen zusammengeführt wurden, macht das die Arbeitgeberseite erst während der Verhandlungsrunden. Ihr hoher Abstimmungsbedarf und die nötigen Rückkopplungsprozesse mit den jeweiligen Exekutiven der Länder erlauben keinen zügigen Verhandlungsablauf. Die unterschiedliche finanzielle Lage, die unterschiedlichen politischen Konstellationen und oft auch fehlende Verhandlungserfahrung brauchen Zeit, die eigenen Interessen zu diskutieren, zusammenzuführen und in Verhandlungsschwerpunkte und Kompromisslinien zu übersetzen.

Es ist im Ergebnis die organisatorische Stärke von ver.di insgesamt, die Funktionsfähigkeit des gewerkschaftlichen Apparates, die eine Tarifbewegung im Länderbereich möglich macht. Durch öffentlichen und politischen

Druck kommt es dann zu Tarifabschlüssen, die aus eigener Stärke allein nicht möglich wären.

Die dritte Besonderheit ist das Eigeninteresse der Arbeitgeberseite, die Tarifsysteme und die Tarifniveaus innerhalb des Öffentlichen Dienstes nicht zu weit auseinanderklaffen zu lassen. Bei zu starken Unterschieden würde die Mobilität der Arbeitskräfte zwischen den ÖD-Sektoren leiden. So hat der CDU-Innenminister des Landes Baden-Württemberg die Finanzministerin von den Grünen schriftlich gebeten, bei den Tarifverhandlungen doch mehr Offensive zu zeigen. Sie solle sich für eine Anhebung der Entgelte auf TVÖD-Niveau einsetzen und einen Gleichstand mit den Kommunen herstellen. Wichtig war dem Minister eine Anhebung im Beamtenbereich. Auch die Arbeitgeberseite will die Konkurrenzfähigkeit des Landesbereichs nicht beeinträchtigt sehen, die sie durch Tariff differenzen von mehreren hundert Euro und längerer Wochenarbeitszeiten gefährdet sieht.

Die These ist nicht zu weit hergeholt, dass bei den Ländern auch ohne gewerkschaftlichen Tarifdruck ein gutes Verhandlungsergebnis erreichbar wäre – soweit das die Entwicklung der Staatsfinanzen zulässt.

Im Bereich der Sekundärverteilung, bei Staat und Öffentlichen Diensten, werden Tarifaufeinandersetzungen nicht nur wirtschaftlich, sondern immer auch politisch geführt. Die politischen gesetzten Prioritäten bei der Verwendung von Steuereinnahmen gehen auf Arbeitgeberseite in die Verhandlungen ein. Und die Schuldenbremse lässt es nicht zu, das Geld gleichzeitig für anständige Löhne und für einen Infrastrukturausbau auszugeben. Bei nicht mehr sprudelnden Steuereinnahmen werden unter dem Diktum der schwarzen Null und des Verzichts auf Steuererhöhungen bei den Reichen die Tarifrunden auch im ÖD härter. Aber erst die politische Dimension führt zu hoher öffentlicher Aufmerksamkeit und erlaubt es ver.di, Tarifverhandlungen ohne ausgeprägte Tarifmächtigkeit auch in Zukunft im Länderbereich zu führen.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

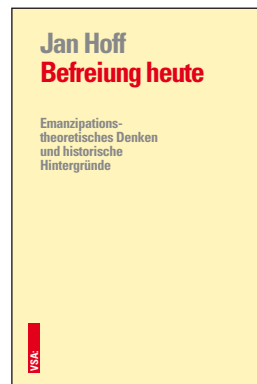
Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de